

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruhe auf dem richtigen Weg

[urn:nbn:de:bsz:31-219112](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-219112)

Karlsruhe auf dem richtigen Weg

Direktor Berthold Kessinger

Die Wirtschaftskraft der Stadt wächst weiter

Als in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch 1945 Karlsruhe die ersten Erfolge nicht nur in der Wiederbelebung der alteingesessenen wirtschaftlichen Kräfte, sondern auch bei der Neuerwerbung von Betrieben für sich buchen konnte, war man damals nicht allenthalben in der Stadt erfreut über die „Neuen“, die Karlsruhe — seinerzeit im toten Winkel zwischen den Besatzungszonen gelegen — gewann. Erst müßten sich die „Alten“ wieder bis zu ihrem höchsten Sättigungsgrad entwickelt haben, dann erst ließe sich an Zuzug neuer Betriebe in größerem Umfang denken! Wo sollten denn in der Beamtenstadt die Arbeitskräfte, vor allem die fachlich geschulten Arbeitskräfte für neue Unternehmen herkommen? Wo wollte Karlsruhe in jener Zeit des Mangels und der Bewirtschaftung die so raren Materialien für die Ausstattung neuer Betriebe hernehmen? Wie sollten die erst im Wiederaufbau befindlichen kommunalen Dienste hinsichtlich der Verkehrsleistung, der Energiedarbietung usw. einer zusätzlichen Nachfrage genügen? So konnte man damals viele reden hören. Auch organisiert wurden solche Auffassungen vertreten. Immer wieder wurden die „größten Bedenken“ geltend gemacht, wenn in jenen Jahren größere „Schiffe“ in Karlsruhe vor Anker gingen.

Der Chor der „Warner“ ließ nicht ab von seinen Bedenken. Die unzureichenden kommunalen Mittel würden verzettelt, der bewährte Alteingesessene käme zu kurz gegenüber den Neuen, von denen man überhaupt nicht sicher wisse, ob sie reüssieren würden; die Stadt lade sich schwere Lasten auf, und was der düsteren Prophezeihungen mehr waren.

All' das geschah zu einer Zeit, als Karlsruhe im Begriff stand, wirtschaftlich erst einmal den Vorkriegsstatus zurückzuerlangen. Und die Verhältnisse in der 2. Hälfte der 1930er Jahre hatten Karlsruhe wahrhaftig nicht zur ausgesprochenen Wirtschaftsstadt gemacht. 10 Industriebeschäftigte kamen 1936 in Karlsruhe auf 100 Einwohner; in Stuttgart waren es — um nur wenige südwestdeutsche Städte zum Vergleich heranzuziehen — zur selben Zeit 19, in Heilbronn 21, in Mannheim 17. Wenn Karlsruhe dem neuen Anspruch, oberrheinisches Wirtschaftszentrum zu werden, genügen wollte, mußte man neue wirtschaftliche Kräfte beiziehen. Bei einer statistischen „Inventur“ zu Jahresbeginn 1949, als der Vorkriegsbeschäftigtenstand in der Karlsruher Industrie schon um rd. 15% überschritten war, zeigten sich schon die Erfolge der ersten Periode der kommunalen Wirtschaftsförderung:

Jeder 6. oder 7. Industriebeschäftigte hatte nun seinen Arbeitsplatz in einem der neuen Betriebe. Siemens führte mit rd. 1200 Arbeitskräften damals die Liste der Neuerwerbungen an, auf der daneben u. a. die Karlsruher Gruppe der „Gablöcher“, Dr. Willmar Schwabe, Gollnow & Sohn, Tofunk und verschiedene zukunftssträchtige Mittel- und Kleinbetriebe standen. Manche Stadtverwaltung hätte sich bei diesen Ansiedlungserfolgen der ersten 5 Nachkriegsjahre veranlaßt gesehen, für die weitere Entwicklung der örtlichen Wirtschaft einen „Gang herunterzuschalten“ und die Anstrengungen der kommunalen Wirtschaftsförderung zu verringern.

Nicht so die für die Wirtschaftsförderung in der Stadtverwaltung Verantwortlichen. Man ließ es nicht bei der Konsolidie-

Teilansicht der Karlsruher Raffinerien

Kernforschungszentrum Karlsruhe ▶



zung des Erreichten. Wohl waren bereits große Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur der Stadt, speziell in der Industriestruktur zu verzeichnen. Wesentlichen Einfluß auf das Bild der Karlsruher Industrie hatte jetzt die Gruppe Elektrotechnik/Feinmechanik erhalten, auf die rd. 11,3 % der Arbeitsplätze der Karlsruher Industrie entfielen, wobei das Schwergewicht in erster Linie bei der Elektrotechnik lag. 1936 war dieser Produktionszweig nur mit 2,6 % beteiligt gewesen. Die bemerkenswerte Veränderung war so gut wie ausschließlich den industriellen Neuerwerbungen zu verdanken. Daß durch den Zuwachs der bedeutendste alteingesessene Industriezweig, der Maschinen- und Fahrzeugbau, keineswegs beeinträchtigt worden war, zeigte die Erhöhung der Beschäftigtenzahl in dieser zu jenem Zeitpunkt nur von alten Karlsruher Werken repräsentierten Fertigung von 4100 auf 6200 Arbeitskräfte, bzw. von 23 % auf 31,2 % der Gesamtbeschäftigtenzahl. Alle Befürchtungen, die „Beamtenstadt“ könne keinen weiteren starken Zweig der metallverarbeitenden Industrie in Bezug auf seinen Arbeitsmarkt verkraften, haben sich damit schon 1949 als gegenstandslos erwiesen. Der Arbeitsmarkt des Karlsruher Bereiches war auf Anhub — trotz der lange noch nicht überwundenen Kriegseinbußen — über den 1936 erfaßten Einsatz von Industriebeschäftigten hinaus ergiebig gewesen.

Daß absolut und relativ die auf die örtliche Nahrungsmittel- bzw. Bekleidungsindustrie entfallenden Arbeitsplätze abgenommen haben, konnte in Hinsicht auf die Karlsruher Wirtschaft insgesamt gewiß nicht negativ beurteilt werden: Der Einsatz in der Metallverarbeitung war von der Lohnseite her gesehen ertragsreicher. Mehr Arbeitsplätze in Industriezweigen, die nicht zur „Leichtindustrie“ zählen, waren für die in Karlsruhe wirksame Kaufkraft und damit für den Handel, für das Gastgewerbe der Stadt vorteilhaft.

Zu Anfang des Jahres 1950 wurden jetzt bereits 11,2 in der Karlsruher Industrie Beschäftigte je 100 Einwohner gezählt — also nicht unerheblich mehr als in den letzten Vorkriegsjahren. Unter besonders schweren Verhältnissen hatte Karlsruhe diese Fortschritte auf seinem Weg zum oberrheinischen Wirtschaftszentrum erzielt. Man konnte stolz auf das Erreichte sein. Aber die Wirtschaftsförderung der Stadtverwaltung war sich sogleich bewußt, daß man das Erreichte nur als Ausgangsbasis für neue, verstärkte Bemühungen um die Intensivierung des Karlsruher Wirtschaftslebens ansehen durfte. Mit den

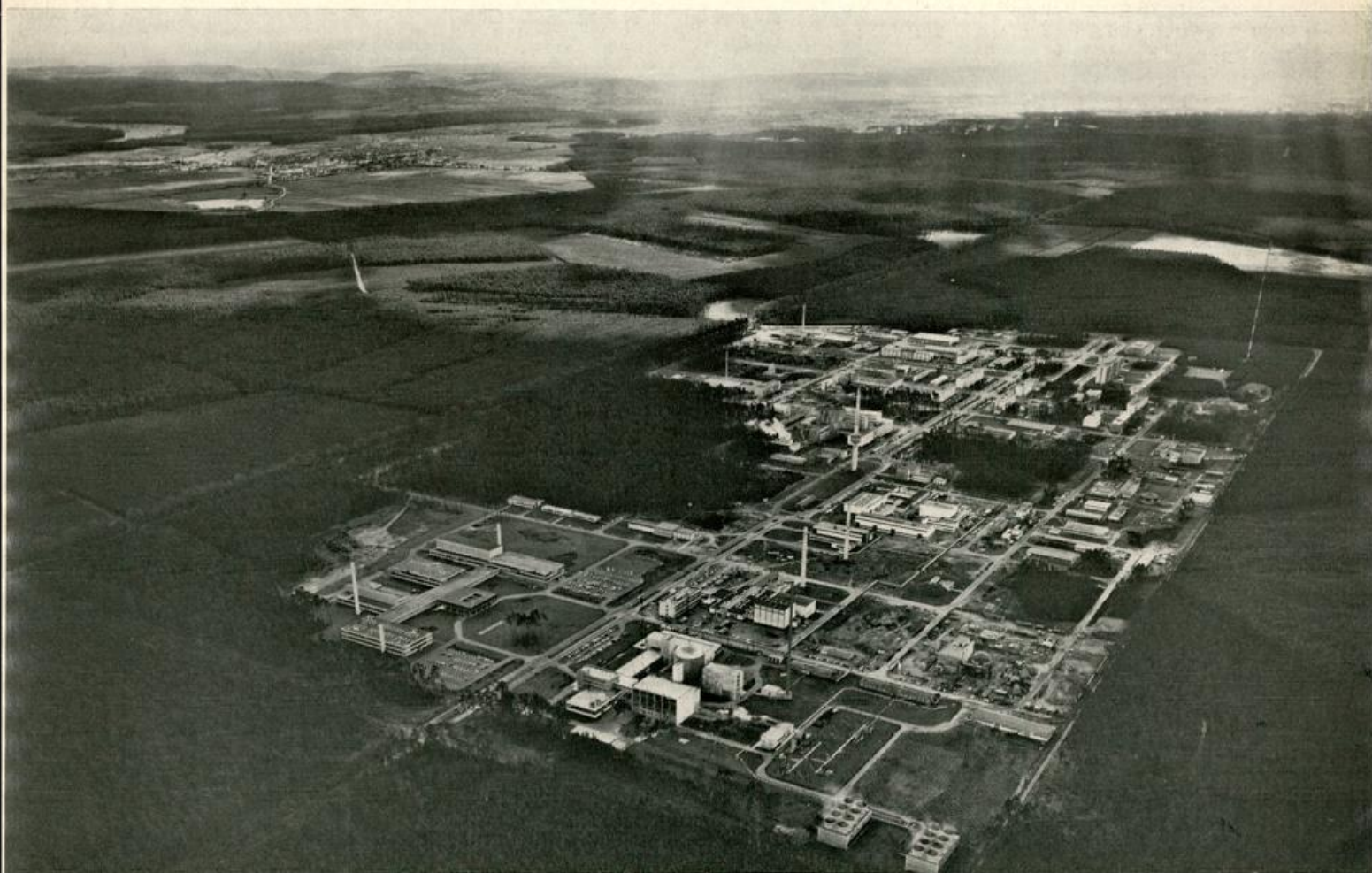
Methoden der ersten Phase der Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt bis 1950 ließ sich allerdings in der kommunalen Wirtschaftspolitik nicht weiterarbeiten. Bisher, in den turbulenten ersten Nachkriegsjahren, hatte man viel improvisiert und wurde durch Zufälligkeiten begünstigt. Bei der Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis der Stadt hatte man zwischen 1945 und 1950 zugegriffen, ohne allzuviel zu überlegen, ohne das Beste vom Guten, das Gute vom weniger Guten zu sortieren, ohne bis in Einzelheiten zu prüfen, was die Stadt hinsichtlich ihrer Wirtschafts- und Sozialstruktur besonders nötig hatte.

Jetzt war mit Bedacht und Zielstrebigkeit weiterzubauen.

Die metallverarbeitende Industrie war in der ersten Nachkriegsperiode der Karlsruher Wirtschaft wesentlich gestärkt worden, teils durch den Ausbau der seit langem ansässigen Betriebe, teils durch die erwähnte erfolgreiche Ansiedlung neuer, vornehmlich elektrotechnischer Produktionszweige. Eine gewisse Angleichung der örtlichen Industriestruktur an die landesdurchschnittlichen Verhältnisse hatte sich im Gefolge hiervon ergeben. Zwischen den beiden Kriegen war die Industrialisierung Karlsruhes, der Grenzlandstadt, nicht nur im ganzen gesehen hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben. Die Lage am Westwall hatte vor allem metallverarbeitende Betriebe in ihrer Entwicklung behindert, bzw. von einer Neuansiedlung abgehalten. Dieser Rückstand bezüglich der Metallverarbeitung war jetzt nach 1945 im ersten Anlauf beseitigt worden.

Aber noch immer bedurfte Karlsruhe als Industriestandort weiterer Anreicherung. Arbeitsintensive Industrie, d. h. Betriebe mit hohem Aufwand an menschlicher Arbeitskraft je Umsatzeinheit kennzeichneten seit jeher, durch den Zuwachs der ersten Nachkriegsjahre jedoch noch verstärkt, das Strukturbild der örtlichen Industrie.

In der nächsten Periode der wirtschaftlichen Intensivierung Karlsruhes konnten zwar die arbeitsintensiven Industrien durchaus noch durch ausgesuchte, besonders wertvolle Unternehmen weiter ergänzt werden, aber daneben war Wert darauf zu legen, daß nun die Karlsruher Wirtschaft auch kapitalintensive Betriebe mit hohem Umsatz je Arbeitskraft erhielt. Ansiedlung weiterer Unternehmen um jeden Preis — wie es andersorts geschah — war in Karlsruhe weder notwendig noch anzustreben. Richtige Auswahl unter dem, was sich bot, stand jetzt obenan. Strukturgerechte Auswahl und die Gewinnung ertrags-





Montagehalle für Elektronenstrahl-Oszillographen und Strahlungsmeßgeräte im Wernerwerk für Meßtechnik Karlsruhe der SIEMENS AG

versprechender Unternehmen hatten Vorrang. Unerwünscht war der damals weitverbreitete Unternehmertyp, der sein Gewerbe im Umherziehen ausübte, der systematisch die wirtschaftsfördernden Gemeinden nach billigen Geländepreisen, nach steuerlichen Bevorzugungen, nach Verbilligung der Energietarife usw. durchstößerte. Diese „Unternehmer“ kannten alle Schliche, wie sich bei der öffentlichen Hand und bei privaten Geldgebern Geld locker machen und Vorteile erreichen ließen, wie man Grundstückspreise drücken konnte. Kaum waren solche Unternehmen an einem Platz nach erheblichen Zugeständnissen einer Gemeinde ansässig geworden, erschienen sie bald wieder beim Wirtschaftsförderungsdezernenten mit besseren Angeboten anderer Bezirke, um damit neue Förderung herauszulocken. Derartige Bewerber hielt sich die Karlsruher Wirtschaftsförderung in den letzten 15 Jahren vom Leibe. Man suchte die seriöse Unternehmung, den zu den vorhandenen Wirtschaftskräften passenden Betrieb, der seinerseits den für ihn günstigen Standort erkannt hatte. Solchen Unternehmen wurde dann aber auch von der Stadtverwaltung mehr an Hilfe angeboten als das „Übliche“. Ein „Karlsruher Rezept“ wurde für die Wirtschaftsförderung entwickelt. Es ist ein Rezept, das sich bewährt hat. Und wenn sich die Partner einig wurden, dann setzte der „Karlsruher Service“ ein, d. h. in jeder Weise unbürokratisch wurden die „Neuen“ betreut. Bei jeder Neuansiedlung entstanden naturgemäß zahlreiche — nicht nur wirtschaftliche — Probleme, bei deren Lösung die Stadtverwaltung Hilfestellung gewährte.

Kürzlich hat die bekannte Schweizer Prognos AG untersucht, was im Vordergrund der Werbung einer Stadtverwaltung um neue Industrie- und Handelsbetriebe stehen muß. Die Prognos AG kam zu der Feststellung, daß Unternehmer auf der Suche nach einem Standort für ihre Betriebe nicht allein danach gehen, ob das Gelände und die Verkehrsbedingungen angemessen sind; die Wohnverhältnisse, die örtlichen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, die Schulverhältnisse, der kulturelle Rang der Gemeinde und vieles andere mehr seien von

wesentlicher Bedeutung. Zu solchen Erkenntnissen hatte man im Karlsruher Rathaus keiner Prognosenuntersuchung bedurft. In der Werbung um den guten, um den erwünschten Betrieb waren diese Gesichtspunkte neben einem umfassenden Betreuungsservice in Karlsruhe von vornherein einbezogen. Nicht nur für alle sachlichen Anliegen der an der Stadt interessierten Unternehmen hatte das Wirtschaftsförderungsdezernat ein offenes Ohr, sondern auch für die persönlichen Anliegen der Mitarbeiter dieser Unternehmen.

Die Erfolge der Karlsruher Ansiedlungspolitik in der 2. Nachkriegsperiode, die die 1950er Jahre und die 1. Hälfte der 1960er Jahre umfaßt, beweisen die Richtigkeit dieses „Karlsruher Rezeptes“. Allein die Zahl der in Karlsruhe industriell Beschäftigten hat sich in dieser Zeit von 22 200 auf 45 000 mehr als verdoppelt. Gewiß, an dieser Entwicklung auf industriellem Gebiet war auch die eingessessene Industrie in großem Umfang beteiligt. Aber dessen ungeachtet kann ein bedeutender Teil des Zuwachses an Wirtschaftskraft, der in den erwähnten Zahlen zum Ausdruck kommt, der Wirtschaftsförderung zugeschrieben werden.

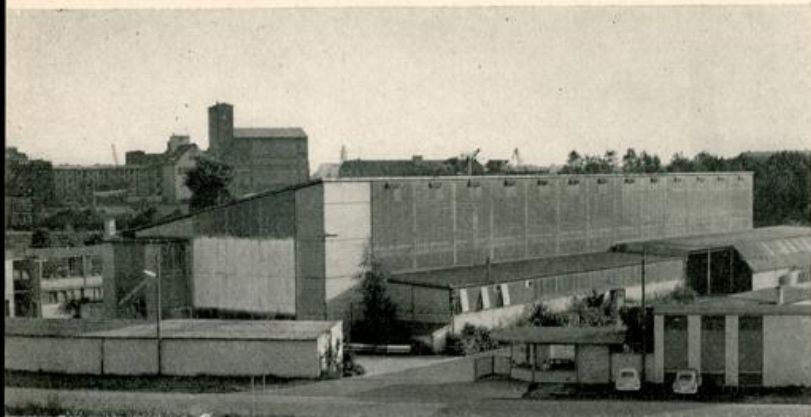
Werden noch die ersten Zugänge der 1. Ansiedlungsperiode nach 1945 einbezogen, dann ist es nicht zu viel gesagt, daß $\frac{2}{3}$ des Industrieumsatzes und mehr als $\frac{1}{3}$ der Industriebeschäftigten des Karlsruher Stadtkreises den neuen Unternehmen, die durch die Bemühungen der kommunalen Wirtschaftsförderung hierher gekommen sind, zugerechnet werden können. Die Wirkungen auf alle anderen Wirtschaftsbereiche der Stadt waren entsprechend. Nur einige Beispiele hierfür:

Der Umsatz des Karlsruher Einzelhandels wuchs zwischen 1950 und 1964 von 185 Mio auf 937 Mio DM; der Großhandel erhöhte seinen Umsatzwert in der gleichen Zeit von 369 Mio DM auf 1,2 Milliarden DM. Der Güterumschlag im Karlsruher Rheinhafen, der 1950 bei 1,5 Mio Tonnen lag, hat sich bis 1965 vervierfacht. Der Fremdenverkehr, das Wohnungswesen, die Energiewirtschaft und alle anderen Wirtschaftsbereiche zeigen das gleiche Bild einer außerordentlichen Expansion.

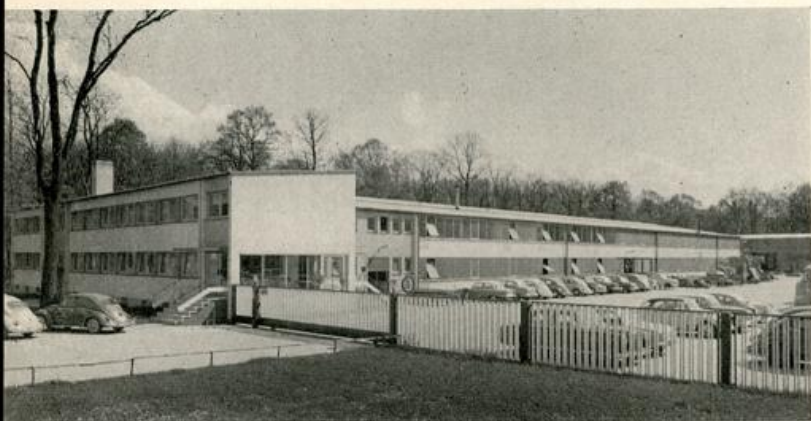
Die Auswirkungen dieser großzügigen Wirtschaftsförderung haben sich für die Stadtverwaltung in der 2. Periode des Ausbaus von Karlsruhe zum oberrheinischen Wirtschaftszentrum im wahrsten Sinne des Wortes bezahlt gemacht. Greifen wir auf der Einnahmeseite des städtischen Haushalts aus all' den Steuern und Gebühren usw. nur einen Posten, die Gewerbesteuer, heraus: Ihr Ertrag hat sich in den letzten 15 Jahren von 1951 bis 1966 mit 6,8 multipliziert, von 11 Mio auf 75 Mio DM erhöht. Nicht zuletzt durch diese Erträge war die Stadtverwaltung in die Lage versetzt, mit der Ausgestaltung der Stadt dem wirtschaftlichen Aufstieg zu folgen, bzw. die Grundlagen für weitere Stufen des Fortschritts zu schaffen. Die Anziehungskraft Karlsruhes als wirtschaftlicher Standort, als Kulturzentrum, als Großstadt hat die Basis für den Ausbau der lokalen Wirtschaftskraft gegeben, und andererseits hat der Ausbau der Wirtschaftskraft wieder über den kommunalen Haushalt die Möglichkeit zur weiteren Steigerung der Anziehungskraft der Stadt geschaffen. Diesen fruchtbaren Kreislauf, der in Spiralen nach oben führt, immer wieder anzuregen, sieht die Wirtschaftsförderung der Stadt als ihre Hauptaufgabe an.

Pfizer GmbH Karlsruhe, Arzneimittel • Chemikalien





Fa. Eitel KG, Werkzeugmaschinenfabrik · Öhydraulische Pressen



Fa. Heinrich Spoth, Stahl- und Maschinenbau



Fa. J. A. Schmalbach AG, Werk Karlsruhe, Blechpackungen

Die Erfolge dieser kommunalen Wirtschaftsförderungspolitik sind für jeden offensichtlich. Dennoch hat sich die Stadtverwaltung bei ihrer erfolgreichen Politik auch in der Periode von 1950 bis 1966 verschiedentlich Widerständen gegenübergesehen. Die Opposition kam nicht aus der großen Mehrheit der Bürgerschaft, die gut erkannte, wie sehr hier ihre Interessen von der Stadtverwaltung wahrgenommen wurden. Jeder Verkehrsunternehmer, jeder Einzelhändler, jeder Gastronom, jeder Arbeitnehmer weiß, was ein Zuwachs der örtlichen Wirtschaftskraft auch für ihn bedeutet. Die Widerstände gegen den Ausbau der Wirtschaft kamen aus Kreisen, die sich den irrigen Standpunkt einer kleinen Gruppe von Unternehmen zu eigen machten.

Eben diese Gruppe wollte den Arbeitsmarkt des Karlsruher Bereiches zu einem „Naturschutzpark“ für sich selbst machen. „Jetzt aber Schluß mit Neuansiedlungen, wir wollen den Karlsruher Arbeitsmarkt für uns allein haben“, war die Losung dieser Kreise. Je näher Karlsruhe einer Vollbeschäftigung kam, umso lauter wurden diese Stimmen. Wie sehr die Gegner der weiteren Expansion der Karlsruher Wirtschaft den wohlverstandenen Interessen der Stadt entgegenstanden, dafür geben mehrere Fälle Aufschluß.

Was hat es nun mit den Behauptungen auf sich, daß Karlsruhe zu Ende seiner 2. Nachkriegsperiode der Intensivierung der lokalen Wirtschaft „industriegesättigt“ sei? Man kann uneingeschränkt sagen, diese Behauptung entbehrt jeder Begründung. Nehmen wir das Verhältnis zwischen Einwohnerzahl der Stadt und Karlsruher Industriebeschäftigten zum Maßstab. Bis zum Juni 1965 hatte sich der prozentuale Anteil der in Karlsruhe industriell Beschäftigten auf 17,9 % erhöht — eine gewiß erstaunliche Entwicklung, wenn man sich noch einmal die 11,1 % von 1950 oder gar die 10,1 % von 1936 in Erinnerung ruft. Aber von einer Überindustrialisierung konnte noch nicht entfernt die Rede sein. In Stuttgart kamen zu gleicher Zeit auf 100 Einwohner 25,2 % Industriebeschäftigte, in Mannheim 27,4 %, in Pforzheim 36,1 %!

Auch wenn die Stadt Karlsruhe nicht die Absicht hat, bezüglich der Industriedichte etwa mit Mannheim oder Pforzheim zu konkurrieren, so sind hiernach in jedem Fall noch erhebliche Möglichkeiten für eine weitere Industrialisierung gegeben. Selbst wenn Karlsruhe nur einen Industriebeschäftigtenanteil von 20 % und damit noch nicht einmal die durchschnittliche Industriedichte Nordwürttembergs erreichen würde, das ja auch so industriearme Gebiete wie die Kreise Crailsheim, Künzelsau usw. einschließt, so würde das eine Erhöhung der Industriebeschäftigtenzahl im Stadtkreis Karlsruhe um weitere 5000 Personen auf 50 000 Industriebeschäftigte bedeuten.

Die Gegner einer weiteren Stärkung des Wirtschaftszentrums Karlsruhe durch fortdauernden Zuzug von Betrieben haben vor knapp 2 Jahren auch die Kennzeichnung der Arbeitsmarktverhältnisse durch die Arbeitsverwaltung des Karlsruher Bezirkes zitiert und den Zustand der Vollbeschäftigung mit Tendenz herausgestellt. Einsichtige Kreise gaben damals schon zu bedenken, daß man die Wirtschaftsförderung und die Wirtschaftsstrukturpolitik der Stadt nicht nach einem momentanen Zustand der Konjunktur beurteilen dürfe.

Schnell hat sich die Richtigkeit dieser Auffassung bestätigt. Nehmen wir den Bericht des Arbeitsamtes Karlsruhe über den regionalen Arbeitsmarkt vom Dezember 1966, dann ergibt sich schon ein ganz anderes Bild:

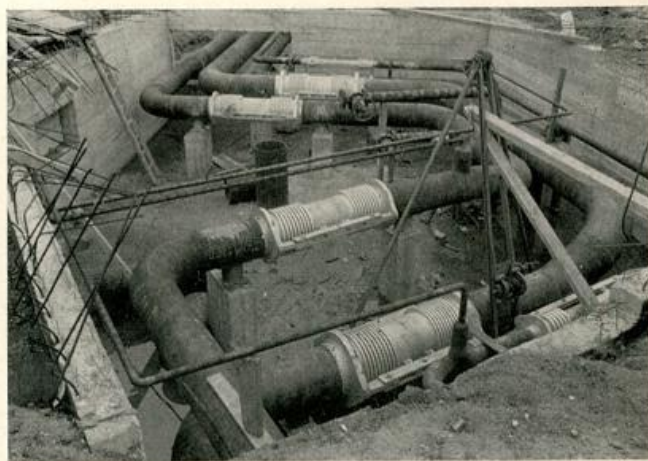
„Kapazitäten nicht mehr voll ausgelastet ...“,
 „Produktionseinschränkungen notwendig ...“,
 „Arbeitskräftebedarf erheblich verringert ...“,
 „64,4 % mehr Arbeitssuchende als vor Jahresfrist.“

Ob jetzt wohl noch mit dem Argument der Überbeschäftigung gegen weitere Ansiedlungen Sturm gelaufen werden kann?

Vielleicht sind jetzt auch die Letzten zur Überzeugung gekommen, daß die wirtschaftliche Intensivierung des Karlsruher Stadtkreises stetig und beharrlich betrieben werden muß.

Je breiter das wirtschaftliche und insbesondere das gewerbliche Fundament der Stadt ist, um so eher sind auch Ausgleichsmöglichkeiten in Zeiten von Konjunkturschwankungen gegeben. Wie froh wären wir heute, wenn die seiner Zeit von einigen Wenigen abgewiesenen großen Unternehmen zusätzlich das Bild von Karlsruhe „zieren“ würden!

IWK-Stahlkompensatoren in der Fernheizleitung vom Fernheizwerk Karlsruhe-West zur Stadtmitte





Als der Stuttgarter Rundfunk die ersten Sendungen ausstrahlte, war der heutige Inhaber der Firma Radio-Freytag bereits bei den Radio-Bastlern. Jedes Lehrlingsgehalt wurde in die neue Technik gesteckt, jede neue Schaltung aufgebaut und die Technik studiert.

1929 gründete dann der gelernte Kaufmann mit besten Fachkenntnissen die Firma Radio-Freytag in Karlsruhe-Grünwinkel.

1932 wurde das inzwischen bestes bekannte Fachgeschäft nach der Herrenstraße verlegt.

1937 war es das größte Radiofachgeschäft Mittelbadens.

1939 wurde das Anwesen Karlstraße 32 erworben und 1941 unter großen Opfern der Umbau beendet.

1942 Nach Kriegsschäden wurde der Betrieb nach der Karlstraße 32 verlegt.

1944 durch Fliegerangriff zerstört. Nach dem Wiederaufbau

1946 wurden die Werkstätten ausgebaut und als es

1948 wieder Ware gab, ging der weitere Aufbau zügig voran.

1954 wurde in der neuen Rheinstraße eine Filiale eröffnet.

1955 in Bretten das dort führende Fachgeschäft eingerichtet.

1957 wurden in Pforzheim,

1959 in Baden-Baden führende Fachgeschäfte

1964 in Malsch eine Filiale eingerichtet.

1965-1966 Neugestaltung der Verkaufsräume Karlstraße 30-32, um noch rationeller und preisgünstiger sein zu können.

Durch eine echte Leistung mit äußersten Netto-Preisen, sorgfältiger Beratung und promptem Kundendienst hat sich die Firma Radio-Freytag zum weitaus größten Unternehmen der Fernseh-, Radio- und Tonband-Branche entwickelt. Diese Leistung wurde allgemein bekannt mit der „dreifachen Sicherheit durch den Funkberater“. In großen Schallplatten-Spezial-Abteilungen werden auch höchste Ansprüche der Musikfreunde erfüllt.

Zur Vorführung von Stereo-Studio-Anlagen besitzt die Firma Radio-Freytag eigene Konzertsäle in Pforzheim und Karlsruhe, in denen laufend Konzerte von Schallplatten mit vollkommener Wiedergabe gegeben werden.

Die Firma Freytag unterhält große und modernste Reparatur-Werkstätten für Fernseher und Radiogeräte, sogar Spezialwerkstätten für Tondbandgeräte und Plattenspieler. Für die bekannten Rasiergeräte sind alle Ersatzteile vorrätig, so daß auf solche Reparaturen gewartet werden kann. 26 Kundendienstfahrzeuge sorgen für prompte Zustellung, Antennenbau und 160 Mitarbeiter geben ihr Bestes, um die große Zahl zufriedener Kunden immer wieder für die Firma Radio-Freytag zu begeistern.

**Nicht ohne Grund heißt es heute und in der Zukunft:
Zu Radio Freytag, es lohnt sich!**

Radio Freytag

Karlsruhe, Karlstr. 32 - Mühlburg - Bretten - Pforzheim
Baden-Baden und Malsch

Warum hat der Bruchsaler Landkreis, der ja auch zum Karlsruher Bereich gehört, auch im abgelaufenen Jahr bei sich abschwächender Konjunktur seinen wirtschaftlichen Aufstieg sichtbar fortsetzen können? Weil dort unbeirrt vom Gerede über Überbeschäftigung und Hochkonjunktur die Industrieansiedlung großer Unternehmen weiter betrieben wurde. Der Zuwachs an Beschäftigten und an Umsatz durch neue Betriebe überkompensiert in diesem Fall die Folgen der Konjunkturabschwächung.

Das Jahr 1965 hat für die Stadt Karlsruhe den 1950 begonnenen Abschnitt seiner wirtschaftlichen Entwicklung beendet. Es bedeutet keine willkürliche Zäsur: 1965 war das letzte Jahr uneingeschränkter Hochkonjunktur. 1966 begann ein neuer, der 3. Entwicklungsabschnitt Karlsruhes seit Kriegsende. Nun gilt es in der nächsten Zukunft, das Erreichte nicht nur zu festigen, sondern weiter auszubauen. In nächster Zukunft wird sich die Wirtschaftsförderung ertragsstarke Unternehmen nicht mehr entgehen lassen. 2 oder 3 ertragsstarke Betriebe mehr in Karlsruhe — und die Frage der Gewerbesteuererhöhung hätte sich gar nicht in der jetzigen Form gestellt. Das sollten sich auch die Kreise überlegen, die vor etwa 2 Jahren gegen weitere Industrieansiedlungen waren.

Daß das wirtschaftliche Potential Karlsruhes auch in der 3. Entwicklungsphase noch zusätzlich Bedeutendes hergeben wird, steht außer Frage. Das lehrt nicht nur die Praxis der Karlsruher Wirtschaftsförderung, das haben auch die Untersuchungen des Karlsruher Wirtschaftsraumes erbracht. Unbeirrt wird die Karlsruher Wirtschaftsförderung dem ihr vorschwebenden Ziel zustreben, damit für „schlechtere“ Zeiten krisenfeste Arbeitsplätze bereitstehen und die Wirtschaftskraft der Stadt möglichst keine Einbuße erleidet. Die Karlsruher Wirtschaftsförderung ist sich allerdings darüber im Klaren, daß heute auf dem Gebiet der kommunalen wirtschaftlichen Intensivierung ein schärferer Konkurrenzwind weht als in früheren Jahren. Dem guten Ansiedlungsbewerber muß heute wirklich etwas „Zusätzliches“ geboten werden. Nicht nur andere deutsche Gemeinden stehen heute im Wettbewerb mit Karlsruhe um neue Betriebe. Auch jenseits des Rheins haben jüngst sich lothringische und elsässische Kommunen in den Wettlauf um eine weitere Verdichtung der örtlichen gewerblichen Produktion eingeschaltet. Sie versprechen den Interessenten nicht wenig. Nicht, daß wir diesen Wettbewerb scheuen oder im Rahmen der EWG kein Verständnis für die Bemühungen der westlichen Nachbarn hätten. Aber wir können nicht zurückstehen und müssen uns Neues einfallen lassen, um attraktiv zu bleiben.

Die Feststellungen der Raumplaner darf man nicht überbewerten. Ihre Untersuchungen bringen noch keine neuen Betriebe in einen kommunalen Bereich. Schließlich sind es ja der Unternehmer und der Betrieb, die über ihren Standort entscheiden. Sie werden wohl am besten wissen, in welcher Gemeinde sie in einer freien Wirtschaft ihr Geld günstigst anlegen. Dieses Risiko kann und wird ihnen gewiß keine noch so wohl gemeinte Raumplanung abnehmen. Kein „Gutachten“ hat die wirtschaftlichen Rosinen nach Karlsruhe gebracht, sondern die günstigen örtlichen Bedingungen und die Tatkraft des Oberbürgermeisters sowie die industriefreundliche Einstellung des Karlsruher Gemeinderats waren für die Stärkung des Wirtschaftspotentials maßgebend. Dies entspricht auch durchaus den derzeitigen gesetzlichen Gegebenheiten, wonach die kommunale Selbstverwaltung in ihrem Bereich die Entscheidungsbefugnis hat, in welcher Weise sie ihre örtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten bestmöglich nützt.

Der Mann an der Spitze einer kommunalen Selbstverwaltung mit seinem Gemeinderat hat in erster Linie darüber zu befinden, in welcher Richtung die Stärkung der Wirtschafts- und damit zugleich der Steuerkraft seiner Gemeinde voranzutreiben ist. Jede kleine Landgemeinde weiß dies heute. Umso mehr muß es die Pflicht und das Bestreben der Männer an der Spitze einer Großstadt sein, die Interessen ihrer Bürgerschaft in wirtschaftlicher und damit auch in sozialer Hinsicht zur Geltung zu bringen. Karlsruhe wird hier unbeirrt von allen theoretischen Konstruktionen der allgemeinen Raumplanung seinen Weg gehen, zumal gesetzliche Grundlagen für eine Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung auf diesem Gebiet fehlen.